

Dem Bedarf an Einwanderung gerecht werden und aus den Fehlern der Vergangenheit lernen

Martin Link

Kommentar

Nicht nur in der Ukraine, auch in nichteuropäischen Staaten verstärken sich Überlebensnöte und Fluchtgründe. Die Zahlen der hierzulande Schutz Suchenden gehen nach oben. Mit 135.000 Asylerstanträgen bundesweit im Jahr 2022 geht eine Steigerung um 35 Prozent einher, in Schleswig-Holstein mit 6.496 Asylsuchenden um 46 Prozent. Politik und Gesellschaft sind also herausgefordert.

Ein Gipfel der Ergebnislosigkeit?

Am 16. Februar 2023 hatte das Bundesinnenministerium die Bundesländer und Kommunalen Spitzenverbände zum ersten Flüchtlingsgipfel geladen.

Die Ergebnisse dieser Konferenz waren eher dürrtig. Auf den kurzen Nenner gebracht, versprach Innenministerin Nancy Faeser den Ländern 56 weitere Bundesliegenschaften zur Nutzung als Unterkünfte und dass Integrationskurse künftig für alle zugänglich und nicht von einer guten Bleibeperspektive abhängen sein sollen. Faeser konterte die ständige Forderung der Kommunen nach mehr Geld mit dem Hinweis, sie sollten die für das laufende Jahr vom Bund für die Aufnahme von Geflüchteten zur Verfügung gestellten 2,8 Mrd. Euro erst mal ausgeben – und vertröstete sämtliche solche Begehrlichkeiten auf den nächsten Gipfel am 20. Mai im Bundeskanzleramt.

Mit Blick auf die aus Sicht ihrer Kund*innen fast epidemische Dysfunktionalität der kommunalen Ausländerverwaltungen empfahl der Bund, die Kommunen sollten für eine Verschlinkung der Prozesse in den kommunalen Ausländerbürokratien sorgen – und machte mit dem Präsidenten des Deutschen Landkreistages Reinhard Sager als Vorsitzenden einer diesbezüglichen Arbeitsgruppe dann allerdings den Bock zum Gärtner.

Doch noch besorgniserregender sind die Ankündigungen von Bund und Ländern künftig Front gegen Schutzsuchende aus nichteuropäischen Drittstaaten zu machen – mittels fortgeschriebener Grenzkontrollen und einer Strategie, zu mehr Rücknahmeabkommen mit Herkunftsländern übereinzukommen, über eine Mischung aus Versprechen von Visa-Erleichterungen

und wirtschaftlichen Drohungen. Damit soll eine verstärkte Rückführungsoffensive zulasten der hierzulande im Asylverfahren erfolglosen Schutzsuchenden einhergehen. Die bürokratische Reibungslosigkeit, mit der im Februar einige Kurden aus dem Abschiebungsgefängnis Glückstadt in die nicht nur autokratisch regierte, sondern auch vom Erdbeben erheblich ruinierte Türkei abgeschoben worden sind, lässt erahnen, was Betroffenen da noch bevorsteht.

Den vorliegenden Bedarfen einer klugen und weitsichtigen Einwanderungspolitik gerecht zu werden und dabei aus den flüchtlings- und integrationspolitischen Fehlern der Vergangenheit zu lernen, ist dem Berliner Flüchtlingsgipfel u. E. nicht gelungen. Dabei hätten es die gipfelnden Vertreter*innen des Bundes, der Länder und der Kommunalen Spitzenverbände besser wissen können. Der im Folgenden dokumentierte Offene Brief, den schleswig-holsteinische Organisationen (s. S. 5) ihnen rechtzeitig vorher geschrieben hatten, macht zielführende Vorschläge, zu Augenmaß und flüchtlingspolitischer Vernunft zurückzukehren.



Fußnoten zum Text auf Seite 5:

- 1 Siehe PRO ASYL: bitly.com/3Til5Vp
- 2 Stiftung Universität Hildesheim: <https://matchin-projekt.de/>